

Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte

Hochkommissar Türk informiert den Rat über Venezuela:  
Über die Zukunft des Landes muss das Volk entscheiden

16. März 2026

Vorgetragen durch  
UN Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk

bei der  
61st Sitzung des Human Rights Council

[Teilweise auf Spanisch vorgetragen]

Herr Vizepräsident,  
verehrte Delegierte,

Seit meinem letzten Bericht vor diesem Rat wurde die Lage in Venezuela von der militärischen Intervention der USA am 3. Januar und deren Folgen geprägt.

Als Reaktion auf diese Intervention haben die venezolanischen Behörden den Ausnahmezustand ausgerufen. Berichten zufolge nutzten die Sicherheitskräfte und bewaffnete zivile Gruppen dies als Grundlage für einschneidende Maßnahmen, was zu einem Klima der Angst in der Bevölkerung beitrug. Ich fordere die Behörden nachdrücklich auf, das Dekret zu überprüfen, um dessen Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit sicherzustellen.

Gleichzeitig haben die venezolanischen Behörden Schritte unternommen, um einige der Ungerechtigkeiten der Vergangenheit zu korrigieren.

Am 19. Februar wurde ein neues Amnestiegesetz verabschiedet. Ich bedauere, dass es ohne angemessene gesellschaftsweite Konsultation ausgearbeitet wurde.

Nach Angaben der Behörden wurden rund 7.700 Menschen im Rahmen des Gesetzes bedingungslos freigelassen. Mein Büro hat die offizielle Liste der Freigelassenen sowie ungehinderten Zugang zu mehreren Haftanstalten angefordert, bislang jedoch ohne Erfolg. Ich fordere mehr Transparenz hinsichtlich der Freilassung von Inhaftierten.

Wir haben bestätigt, dass seit meinem letzten Bericht etwa 950 willkürlich inhaftierte Personen freigelassen wurden – einige unter strengen Auflagen –, darunter Menschenrechtsverteidiger, Politiker, Journalisten und Gewerkschafter. Zu den prominenten Persönlichkeiten unter den Freigelassenen gehören Javier Tarrazona, Eduardo Torres, Kennedy Tejeda, Carlos Julio Rojas und Rocio San Miguel.

Ich teile zwar die Erleichterung der Freigelassenen und ihrer Angehörigen, doch hätten sie gar nicht erst inhaftiert werden dürfen. Ich hoffe, dass diese Praxis für immer ein Ende findet und dass die Behörden Maßnahmen ergreifen, um die Meinungsfreiheit, einschließlich der Verteidigung der Menschenrechte, zu wahren.

Etwa 60 Gefangene konnten Besuche von ihren Angehörigen empfangen oder mit ihnen kommunizieren, während zuvor keine Informationen über ihren Verbleib vorlagen.

Herr Präsident,

während dieser Zeit bestanden weiterhin strukturelle und systemische Menschenrechtsprobleme.

Mein Büro hat Informationen über anhaltende Folter und Misshandlung von Inhaftierten erhalten, unter anderem in den Haftanstalten Rodeo 1 und Fuerte Guaicaipuro. Dies ist zutiefst besorgniserregend.

Viele Venezolaner sind nach wie vor willkürlich inhaftiert, darunter Menschen mit Behinderungen und kritischem Gesundheitszustand, ältere Menschen und mindestens ein Kind.

Der zivilgesellschaftliche Raum bleibt eingeschränkt. Jahrelange Unterdrückung hat dazu geführt, dass die Menschen Angst haben, ihre Meinung zu äußern.

Das Gesetz zur Überwachung von Nichtregierungsorganisationen behindert nach wie vor die Fähigkeit der Zivilgesellschaft, sicher und frei zu arbeiten, und muss aufgehoben werden.

Ich hoffe, dass die angekündigte Überprüfung des Verfassungsgesetzes gegen Hass dazu führen wird, dass es nicht länger zur Unterdrückung abweichender Meinungen genutzt wird.

Herr Vizepräsident,

die Venezolaner stehen weiterhin vor erheblichen Herausforderungen beim Zugang zu Gesundheitsversorgung, Wasser- und Sanitärversorgung sowie Nahrungsmitteln.

Die Menschen im Land protestieren gegen niedrige Löhne, die nicht ausreichen, um ihre Grundbedürfnisse zu decken. Dementsprechend fordere ich die Behörden nachdrücklich auf, die uneingeschränkte Achtung der Versammlungsfreiheit zu gewährleisten.

Indigene Völker sehen sich nach wie vor mit erheblichen Einschränkungen beim Zugang zu ihrem Recht auf Gesundheit konfrontiert, was zu hohen Sterblichkeitsraten beiträgt. Bei der Selbstabgrenzung ihrer Gebiete sind keine Fortschritte zu verzeichnen.

[Beginn Spanisch]

Ich fordere die Behörden nachdrücklich auf, sicherzustellen, dass alle wirtschaftlichen Reformen und Investitionen, einschließlich in den Bereichen Öl, Gas und kritische Mineralien, die Souveränität der Venezolaner über ihre natürlichen Ressourcen wahren. Die Einnahmen sollten dazu verwendet werden, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aller Venezolaner zu fördern sowie die Umwelt zu schützen.

[Ende Spanisch]

Herr Vizepräsident,

die Venezolaner empfinden eine Mischung aus Hoffnung, Angst und Unsicherheit.

Die Menschenrechte müssen den Weg in die Zukunft weisen, und ich möchte fünf zentrale Handlungsfelder hervorheben.

Erstens müssen die Behörden alle Personen, die noch willkürlich inhaftiert sind, unverzüglich und bedingungslos freilassen.

Zweitens: Schutz und Ausbau des zivilgesellschaftlichen Raums. Dies ist unerlässlich, um das soziale Gefüge wiederherzustellen und demokratische Prozesse zu stärken.

Ich fordere die Behörden nachdrücklich auf, der Zivilgesellschaft die freie Arbeit zu ermöglichen, ihre Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten zu gewährleisten und Nichtregierungsorganisationen, Journalisten, Gewerkschaftsmitglieder und Menschenrechtsverteidiger vor Drohungen und Angriffen zu schützen.

Drittens: Strukturreformen im Justiz- und Sicherheitssektor. Dazu gehört die Abschaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen und Praktiken, die die Unterdrückung politischer Dissidenten ermöglicht haben. Solche Reformen sind entscheidend, um den Zugang zur Justiz zu gewährleisten und das Vertrauen in die Institutionen wiederherzustellen.

Die Regierung sollte zudem bewaffnete zivile Gruppen entwaffnen und auflösen, die die Bevölkerung eingeschüchtert und kontrolliert haben.

Viertens: Die Gewährleistung und Ausweitung des Zugangs zu Gesundheitsversorgung, Nahrungsmitteln, Arbeit und grundlegenden Dienstleistungen. Ich fordere die Behörden nachdrücklich auf, angemessene Löhne, Renten und andere Sozialversicherungsmaßnahmen zur Deckung der Grundbedürfnisse zu garantieren und ihr Bekenntnis zu den Arbeitnehmerrechten zu bekräftigen. Zudem müssen sie mehr Transparenz bei den offiziellen Statistiken zum Arbeitsmarkt, zur Ernährungssicherheit sowie zum Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung zeigen. Dies ist für den Aufbau von Vertrauen unerlässlich.

Schließlich müssen die Venezolanerinnen und Venezolaner zusammenkommen und sich auf eine umfassende Strategie der Übergangsgerechtigkeit einigen. Die venezolanische Gesellschaft ist nach wie vor tief gespalten. Um diese Spaltungen zu heilen, muss Rechenschaft für alle schweren Menschenrechtsverletzungen abgelegt werden, die in den vergangenen

Jahrzehnten begangen wurden. Dies wiederum erfordert, dass alle Beweismittel aufbewahrt werden, selbst wenn Haftanstalten geschlossen werden.

Weitere wichtige Schritte sind institutionelle Reformen, Wiedergutmachung, Wahrheitsfindung und Garantien, dass sich schwere Menschenrechtsverletzungen nicht wiederholen.

Diese auf Menschenrechten basierenden vertrauensbildenden Maßnahmen würden den Weg für die sichere und würdige Rückkehr der Millionen Venezolaner im Ausland ebnen.

Ich fordere die Behörden zudem nachdrücklich auf, mit allen Menschenrechts- und Rechenschaftsmechanismen zusammenzuarbeiten, einschließlich der von diesem Rat eingesetzten Unabhängigen Internationalen Untersuchungsmission zu Venezuela. Und ich ermutige die Behörden, ihre Entscheidung, aus dem Internationalen Strafgerichtshof auszutreten, rückgängig zu machen.

Ich habe mit den venezolanischen Behörden auf höchster Ebene Kontakt aufgenommen und meine Beobachtungen sowie die Bereitschaft meines Büros zur Unterstützung dargelegt.

Ich begrüße die Entscheidung der Behörden vom 3. März, meinen Mitarbeitern Visa zu erteilen.

Wir benötigen eine dauerhafte Präsenz, um das volle Mandat meines Büros zur Förderung der Menschenrechte im Land umzusetzen.

An diesem kritischen Punkt muss die Zukunft des Landes allein von seinem Volk bestimmt werden.

Die Behörden, die Opposition innerhalb und außerhalb Venezuelas sowie alle politisch Verantwortlichen müssen sich im Namen der Menschenrechte zusammenschließen und das Wohl der Bevölkerung ihres Landes an erste Stelle setzen.

Übersetzt mit DeepL.com (kostenlose Version)

Verbindlich ist das Original unter:

<https://www.ohchr.org/en/statements-and-speeches/2026/03/high-commissioner-turk-updates-council-venezuela-countrys-future>